

Bezugspreis:

Bestellb. 30.-, monatl. 3.-, 3-...
frei ins Haus, voraus zahlbar.
Verzug: Monatlich 10. - 20. erst
Kassenscheck. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich 18.50 3/4.

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197

Donnerstag, den 13. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54

Anzeigenpreis:

Die achtgrößte Konvaleszenz...
kleine Anzeigen...
jeweils 20 Pf.
Stellenangebote...
Schlüsselanzeigen...
jeweils 40 Pf.
Worte über 15 Buchstaben...
Familien-Anzeigen...
politische und
gewerkschaftliche...
Anzeigen...
für die nächste Nummer...
müssen bis 5 Uhr nachmittags...
abgegeben werden.
Sonntags von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Die Ministerkrise in Frankreich.

In Paris ist man bestrebt, die Regierungskrise so rasch
wie möglich zu beenden, damit keine Verschiebung der auf den
19. d. M. angesetzt Konferenz der Premierminister einzutreten
braucht, aber ob dies gelingen wird, wird von der
französischen Presse selbst bezweifelt, da sich der neue Mann
ja auch noch einigermassen vorbereiten muß, bevor er auf die
Konferenz gehen kann. Es wäre für Frankreich auch kein
Vorbehalt, wenn sich sein neuer Vertreter nachfragen lassen müßte,
er beherrsche nicht genügend das Material.

Darüber, was der nationale Bloch vom künftigen Leiter
der französischen Politik verlangt, kann in Deutschland kein
Zweifel bestehen. Die Kammermehrheit findet, daß Herr
Leygues gegen Deutschland nicht scharf genug
gewesen ist und daß er sich den Verbündeten gegenüber nicht
energisch genug durchgesetzt hat. Sein Nachfolger soll nun
zeigen, wie es gemacht werden muß, aber auch er wird, wenn
er die Interessen Frankreichs gewissenhaft vertreten will,
wahrscheinlich nicht immer mit den äußersten nationalistischen
Schornstein übereinstimmen. Vielleicht wird es ihm, wenn
er größere Autorität besitzt als Herr Leygues, allmählich
gelingen, zunächst sich selber und dann auch die Kammer davon
zu überzeugen, daß in der Sache keine andere Politik gemacht
werden kann als die bisherige, wenn sie auch von anderen
Seiten und Tönen begleitet sein mag. Fürs erste wird aber
mit einer Verhärfung des französischen Kurzes gegen
Deutschland zu rechnen sein.

Wer mit uns der Meinung ist, daß die Versöhnung der
beiden Völker, trotz aller Opfer, die sie zunächst dem Deutschen
Volke auferlegt, eine Notwendigkeit für beide ist, der wird
diese Tatsache bedauern, aber auch er wird mit ihr rechnen
müssen. Für die deutsche Politik ist es gewiß nicht angenehm,
wenn sie in jedem Augenblick mit einer Aenderung des
Kurzes in Frankreich rechnen muß, sie wird sich aber darauf
einstellen müssen. Das erfordert zunächst, daß in der Frage
der Entwaffnung alles vom Friedensvertrag vorgezeichnete,
in der Frage der wirtschaftlichen Entschädigung alles, was
möglich ist, geleistet wird. Festzuhalten ist aber daran, daß
auch Frankreich eine willkürliche Ausweitung des Friedens-
vertrages nicht gestattet ist und daß insbesondere alle mili-
tärlichen Angriffspläne gegen das unbefestete
deutsche Gebiet dem Geist und Wortlaut des Vertrages aufs
schärfste widersprechen.

Vor der Lösung.

Paris, 13. Januar. (Havas.) Zur Ministerkrise wird ge-
meint: Zunächst kommen zwei Lösungen in Frage: either
Bildung eines Kabinetts unter Peret mit Briand, Poin-
caré oder Riviani als Minister des Innern, zweitens die
Bildung eines Ministeriums durch eine dieser drei Persönlichkeiten,
die dann die Ministerpräsidentenschaft mit dem Posten des Ministers
für auswärtige Angelegenheiten verbinden sollte. Nach den letzten
Verhandlungen dürfte die zweite dieser Möglichkeiten Tatsache
werden. Peret wird heute von Millerand befragt werden.

Paris, 13. Januar. (Havas.) Sämtliche Abgeordnete
hoffen, daß die Ministerkrise nur von kurzer Dauer sein
wird, damit möglichst verhindert werde, daß die für den 19. Ja-
nuar angetagte Interalliierte Konferenz verzagt werden
müsse. Für den Posten des Ministers des Innern werden
Poincaré, Briand und Riviani genannt. Präsident
Millerand wird heute die üblichen Besprechungen zur Lösung der
Krise haben.

Das Echo in Frankreich.

Paris, 13. Januar. Die Betrachtungen über den Sturz des
Ministeriums Leygues nehmen in der Presse einen breiten
Raum ein.

„Matin“ meint, die Schwere der Krise liegt in dem nahen
Bevorstehen der Alliiertenkonferenz, auf der die Kon-
sistenz der französischen Politik in Erscheinung treten müsse. Das
Ministerium erfordere heute Männer ersten Ranges, be-
sonders für die auswärtige Politik und für die Finanzen.

„Echo de Paris“ ist der Ansicht, daß schon lange in der poli-
tischen Welt ein besorgniserregender Zustand herrschte. Die Ab-
stimmung zeige vor allen Dingen die Besorgnis in bezug auf die
politische Lage und habe also eine sehr klar ausgesprochene
Bedeutung. Die jetzt ausgebrochene unermesslich gewesene Krise
fordere nicht eine vorübergehende Lösung; es seien
Männer notwendig, die sich den gestellten Aufgaben gewachsen
zeigten. Die Regierung von morgen müsse durch Energie und Ent-
schlossenheit ihren Willen zur Tat befehlen. Sicher habe
Leygues mit Rücksicht auf seinen Charakter den Sturz nicht verdient,
aber man wäre ungerecht gegen die Kammer, wenn man in dem
Vorhof von gestern nicht den Ausdruck eines Gedankens sehen
würde. Sei auch der ausgesprochene Wille nicht ganz klar, so sei
es doch schmerzhaft zu leugnen, daß im Augenblick finanzielle
Schwierigkeiten beständen und die Langsamkeit der Aus-
führung des Friedensvertrages als die Folge einer
politischen Krise zu betrachten sei.

„Humanité“ schreibt: Die Reaktionen feiern ihr Fest. Die
reaktionäre Mehrheit wurde ungebildig, sie fand, daß die Regierung
zu schwach sei. Sie wünschte, daß die äußere Politik aggressi-
ver und imperialistischer sei, daß Deutschland gegenüber
viel schärfere Maßnahmen ergriffen werden sollten. Das waren
die Wünsche des nationalen Blochs. Im Innern verlangte die Ma-
jorität auch noch mehr Brutalität, aber es ist wirklich schwer, in
dieser Beziehung noch weiter zu gehen als das unglückselige Du-
Stoep-Hopiteau, und man kann sagen, daß der nationale Bloch
sich begnügen würde, das Ministerium von morgen das Werk der
Reaktion fortzuführen zu sehen, das Clemenceau gut begann und
das seine Nachfolger mit so viel Eifer fortsetzten.

„Deuxième“ ist der Ansicht, daß die gestrige Abstimmung ein
klares Ergebnis gehabt habe. Das Blatt will nicht sagen, daß das
Ministerium gegen England gestürzt ist, aber es sei ungewiss-
haft, daß es

wegen England gestürzt

wurde. Das Parlament will England einen geschlosseneren Damm
entgegenstellen, als es bisher der Fall war. Nach dem Worte geben
die Senatsmitglieder und die Wiedewahl Peret zum Kammerprä-
sidenten dem Präsidenten der Republik eine klare Andeutung. Des-
halb würden auch Peret und Riviani an der ersten Stelle
genannt. Aber beide hätten erklärt, sie würden nicht annehmen.
Auch Poincaré sei genannt worden. Und bereits hätten die
Unabhängigen (Wilde), die Rechtsstehenden und die Royalisten bei
dem Präsidenten der Republik einen Schritt in diesem Sinne unter-
nommen.

„Dépêche de Toulouse“ sagt, der nationale Bloch habe
sich gestern bei der Abstimmung gegen das Kabinett so einig ge-
zeigt, weil er fürcht, daß das Land immer mehr von ihm abdrücke.

„Leit Journal“ meint, die bei der Abstimmung erstellte
Mehrheit stehe in der Parlamentsgeschichte einzig da. Die Ab-
stimmung gebe dem Präsidenten der Republik fast gar keinen
Anhaltspunkt, doch könne man sagen, daß die Kammer und das Land
wünschten, daß das Ministerium von Männern mit weitem
Blick besetzt werde, denn die Probleme der auswärtigen Lage und
der Finanzen seien von größter Bedeutung.

„Le Nouvelliste“ ist der Ansicht, daß das Ministerium an
der Unfähigkeit seiner Mitglieder zugrunde gegangen sei; es müsse
durch ein neues Ministerium von Männern unantastbarer
Autorität und Sachkenntnis und ungewisselhaftem Werte
ersetzt werden.

In der „Action Française“ wird gesagt: Jede Regierung
in Frankreich wird durch den Versäufel Friedensvertrag unmöglich.
Jetzt werden Männer aus Rußland kommen, die wie die früheren die
rückhaltlose Ausführung des Friedensvertrages versprechen. So-
bald sie aber ans Werk gehen, werden sie bemerken, daß sie nicht
erreichbar können, ohne den Text des Friedensvertrages zu inter-
pretieren.

Barbasse kommunist. Wie der Dema gemeldet wird, ist Henri
Barbasse, der Verfasser des Romans „Feuer“, der kommuni-
stischen Partei beigetreten.

Herabsetzung der Rheinlandbesatzung.

New York, 13. Januar. (WTB.) Das Kriegsdepartement
hat angeordnet, daß die Zahl der amerikanischen Besat-
zungsgruppen im Rheinland von 15 000 auf 8000 Mann
herabgesetzt wird.

Die ersten Milchkuhe.

Die lang erwarteten amerikanischen Milchkuhe, vor-
wiegend eine Spende unserer Stammesbrüder in den Vereinigten
Staaten, werden, wie die „B. J.“ erzählt, nun endlich Anfang
Februar in Deutschland eintreffen. Der Deutsche Zentralschuh
für die Auslandshilfe, der mit der Empfangnahme und der
Verteilung der von der American Dairy Cattle Co. in Chicago ge-
sammelten Milchkuhe betraut ist, hat jetzt von seinem Beauftragten
in den Vereinigten Staaten, Dr. Müller, die drückende Nachricht er-
halten, daß der erste Transport von Milchkuhen am 8. d. M. von
einem Hafen in Texas in See gegangen ist. Die Kuhe —
etwa 700-800 Stück — sind mit dem 10 000-Tonnen-Dampfer
„West Arrow“ eingeschifft worden.

Neue Verhandlungen mit den Beamten.

Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, stehen neue Ver-
handlungen mit den Beamten bevor. Die Besprechungen
zwischen den Beamtenorganisationen und den Gewerkschaften haben
dazu geführt, daß dem Reichskanzler über die gegenwärtige
Situation Bericht erstattet und dabei der Wunsch ausgesprochen
wurde, möglichst umgehend auf neutralem Boden eine neue
Verständigung zu suchen. Wie zuverlässig verläutet, sollen die Be-
sprechungen am morgigen Freitag ihren Anfang nehmen. Im
Laufe des heutigen Tages finden Vorverhandlungen namentlich
bezüglich der Forderungen der Eisenbahnarbeiter mit den Gewerks-
chaften statt.

Auflösung der Bekleidungsämter

Von Robert Schmidt.

Für die Anfertigung der Bekleidung der Seereserve-
hörigen bestanden unter dem alten Regime eine Anzahl
größerer Werkstätten, die unter Leitung der Militärverwaltung
zum Teil als technisch gut geleitete Betriebe galten. Seit
dem November 1918 besteht ein unausgesetzter Kampf um
die Neugestaltung dieser Einrichtung und ihre Verbeibaltung.
Einige unbedeutende Werkstätten sind aufgelöst, die übrigen re-
formiert und so gestaltet, daß die früheren sogenannten Oeko-
nomiehandwerker ausgeschaltet sind, d. h. die Betriebe be-
schäftigen jetzt nur Arbeiter, die nicht im Militärverhältnis
stehen und sind bemüht, geschäftlich die Unternehmungen so
zu heben, daß sie lebens- und konkurrenzfähig gegenüber der
Privatindustrie sein können.

Die in diesen Betriebswerkstätten beschäftigten Personen
sind durch eine Maßnahme des Reichsfinanzministeriums, dem
jetzt die Bekleidungsämter unterstellt sind, sehr beunruhigt.
Kurz vor Weihnachten ist einer Anzahl Angestellten die
Kündigung mit einer Motivierung übermittleit, die darauf
hindeuten ließ, daß im Ministerium die Absicht besteht, die
Bekleidungsämter wenn nicht eingehen zu lassen, so doch er-
heblich einzuschränken. Die gewerkschaftlichen Organisa-
tionen, deren Arbeiter an der Aufrechterhaltung dieser Werk-
stätten, die gegenwärtig 6000 Arbeiter beschäftigen, inter-
essiert sind, waren an das Ministerium herantreten mit dem
Wunsch, in einer Besprechung Klarheit zu bekommen gegen-
über den Absichten, die dort bestehen. In der Besprechung,
die vor einigen Tagen stattfand, ergab sich, daß nach Erklä-
rung des Vertreters des Ministeriums eine bestimmte Absicht,
die Betriebswerkstätten aufzulösen oder einzuschränken, an-
geklagt nicht bestehe. Man berief sich in der Besprechung auf
die Entscheidung, die der Reichstag in der Sache zu fällen
habe und wies darauf hin, daß die veränderte Sachlage in
der Uebernahme von Aufträgen die Frage nahelege, ob es
möglich sein wird, die Betriebswerkstätten in bisherigem Um-
fang aufrecht zu erhalten.

Diese Stellung des Ministeriums ist immerhin etwas
überraschend, da man ja von dieser Stelle eine bestimmte
Meinung über die weitere Aufrechterhaltung der Betriebe
erwarten konnte. Um so mehr überrascht diese unentschiedene
Art des Herrn v. Kaumer, als im Etat für 1920 ausdrück-
lich bei einer Position, die die Bekleidungsämter betrifft, er-
klärt wird, daß sich die Werkstätten gut entwickelt haben und
gegenüber der Privatindustrie in der Lage seien, sogar vor-
teilhafter zu produzieren. Wenn das der Fall ist, wäre die
Auflösung oder Beschränkung der Betriebswerkstätten ganz
unverständlich. Wir können an der Hand des uns zur Ver-
fügung stehenden Materials bestätigen, daß die finanzielle
Lage der Bekleidungsämter relativ im letzten Zeitraum sich
erheblich gebessert hat. Von dem erhaltenen Staatskredit
sind bereits im April 1920 15 Millionen zurückgezahlt und
weitere 15 Millionen werden im ersten Quartal dieses Jahres
die Schuldenlast vermindern. Der Wert der in den Werk-
stätten hergestellten Gegenstände beträgt rund 138 Millio-
nen. An Löhnen sind für Facharbeiter 22 Millionen aus-
gezahlt, an Zinsen und Miete für die reichsbesitzenden Gebäude
kommen 6 Millionen in Betracht, die Fabrikations- und
Handlungsunkosten betragen 4 1/2 Millionen, so daß bei dieser
Uebersicht der Finanzlage nicht von einem Unternehmen ge-
sprochen werden kann, daß aussichtslos seine fernere Ent-
wicklung gestaltet.

Das Reichsfinanzministerium weist allerdings mit gutem
Recht auf die Verminderung des Heeresbestandes hin, und
die damit erheblich zurückgehenden Aufträge genügen nicht
mehr für die volle Beschäftigung der Werkstätten. Nun muß es
zunächst überlegen, daß auf die Frage der Vertreter, ob es
dean nicht möglich sei, z. B. für die Post, Eisenbahn und
die Sicherheitswehr Bekleidung herzustellen in diesen Werk-
stätten, geantwortet wurde, man habe an all diesen Stellen
eine ablehnende Antwort erhalten. Daß sich die Arbeiter-
und Angestelltenverbände mit diesem Entscheid nicht zufrie-
den geben, ist selbstverständlich. Es wurde überein-
stimmend von allen Vertretern der Organi-
sation, auf welchem Standpunkt sie auch
stehen, scharf und präzise hervorgehoben,
daß sie nicht gesonnen sind, dieser Sabotie-
rung der Reichsbekleidungswerkstätten
ruhig zuzusehen.

Auffallend ist weiter für die Stellung des Reichsfinanz-
ministeriums, daß in Verantwortung einer Anfrage, ob die
Bekleidungswerkstätten auch private Aufträge entgegen-
nehmen und so dem Handwerk Konkurrenz machen würden,
die Antwort erteilt wurde, daß nicht die Absicht be-
stehe, die Aufnahme privater Aufträge den
Bekleidungswerkstätten zu gestatten. Wo
in einer Zeit, wo wir uns mühen, auf den Abbau der Preise
hinzudrängen, und das Finanzministerium selbst der Meinung
ist, daß die Bekleidungsämter erfolgreich konkurrieren
können gegenüber privaten Unternehmungen, müssen wir

Diese mit staatlichen Mitteln errichteten Unternehmungen von der Konkurrenz zurückhalten. Wenn man noch im Zweifel sein könnte über die Stellung des Herrn v. Raumer zu den Anforderungen auf dem Gebiete der Sozialisierung, so ist es diese seine Stellungnahme, die sich ganz einreißt in die Bekämpfung der Reichswerke.

Die bürgerliche Presse bemüht sich fortgesetzt den Nachweis zu führen, daß staatliche Betriebe nicht gewinnbringende Abzweigungen aufweisen. Wie will man aber die Entwicklung des Unternehmens sicherstellen, wenn man von oben herab die Konkurrenz, die jedem Privatunternehmer gestattet ist, den Staatsbetrieben verbietet.

Würde der Reichstag diese Betriebe einschränken oder zum Teil auflösen, so käme die hier beschäftigte Arbeiterschaft in eine sehr bedrängte Lage. Denn es ist ganz ausgeschlossen, daß an den Orten, wo große Betriebswerkstätten bestehen, die dort beschäftigten Arbeiter*innen in ihrem Beruf untergebracht werden können. Denn diese Betriebswerkstätten haben nie für den unmittelbaren Kreis der näheren Umgebung Vorkriegsstände hergestellt, sondern vielfach auch Aufträge aus anderen Landesteilen erhalten. Für Privateaufträge sind diese Werkstätten für den unmittelbaren Kreis der Umgebung nicht zu verwenden. Es wird deshalb aus all diesen Gründen beim Zusammentritt des Reichstages mit aller Entschiedenheit gefordert werden müssen, daß diese zum Teil auch technisch sehr hochstehenden Betriebe nicht dem Verfall entgegengeführt werden. Der Minister v. Raumer wird aber klipp und klar erklären müssen, ob seine Politik dahingehend, jede weitere Entwicklung auf dem Gebiete der Sozialisierung zu unterbinden und lebens- und konkurrenzfähige Betriebe dadurch zu schädigen, daß er ihnen die Möglichkeit, an einer freien Konkurrenz sich zu beteiligen, unterbindet.

Absage der U.S.P. an die D.R.P.D.

Das Zentralkomitee der U.S.P. hat folgende Antwort auf das bekannte „Einigungs“-Schreiben der kommunistischen Zentrale beschlossen:

An die Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands.

Wir erwidern in Ihrer durch die Presse veröffentlichten und nachträglich am 10. Januar 1921 auch brieflich gesendeten Aufforderung, die von Ihnen bereits formulierten Forderungen gleichfalls zu vertreten, nur den Versuch, aus der Isolierung, in die Sie Ihre Taktik gebracht hat, herauszukommen.

In dieser Annahme wurden wir bestärkt durch ihr Verhalten bei allen bisher gemeinsam unternommenen Aktionen, die Sie noch stets benutzen, um in entscheidenden Augenblicken Ihre Verbündeten in den Rücken zu fallen und sie als Arbeiterverräter, Kontrevolutionäre, Agenten der Bourgeoisie usw. zu beschimpfen. Ebenso kann die Aufforderung an sozialistische Organisationen: Allgemeine Arbeiterunion, Freie Arbeiterunion, K.A.P.D., deren ausgesprochenen Zweck die Zerrückung der politischen Parteien und Gewerkschaften ist, nur beabsichtigen, die Mitwirkung der großen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter unmöglich zu machen, um dann diese unvermeidliche Ablehnung für Ihre engen Sonderinteressen auszunutzen.

Auch jetzt haben Sie, ohne unsere Antwort abzuwarten, bereits Ihre Ortsgruppen zum Kampf gegen unsere Partei aufgerufen.

Deswegen erübrigt sich in diesem Zusammenhang ein Eingehen auf Ihre Forderungen, die, soweit sie sachlich berechtigt sind und der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation entsprechen, bereits von der U.S.P.D. in ihrem Manifest von Halle formuliert wurden.

Die U.S.P.D. hat sich immer wieder bemüht und wird nicht davon ablassen, für diese Forderungen, insbesondere auch für die Sozialisierung des Kohlenbergbaus, eine geschlossene Arbeiterfront herzustellen. In diesem Bestreben wurden wir gerade von Ihrer Partei verkannt und bekämpft.

Ihre Aufforderung schließt das Eingeländnis in sich, daß Sie

zunehmend endlich auch erkannt haben, daß der Kampf um Brennende Tages- und Lebensforderungen kein Verrat an der Revolution ist.

Für das Zentralkomitee der U.S.P.D.
Crispien.

Der verbotene Scheidemann.

Kassel, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Am 11. d. M. sprach Gen. Scheidemann in Göttingen vor vollem Saale. Alles in Zivil. Ueber die Gründe, aus denen keine Soldaten der Göttinger Reichswehr sich zu den Versammlungen eingefunden hatten, gibt folgender Brief Aufklärung, der dem Genossen Scheidemann in Göttingen übergeben wurde.

Herrn Oberbürgermeister Scheidemann!

In den Kreisen der Reichswehr wird es sehr bedauert, daß der Besuch zu der heute stattfindenden Versammlung durch das Bataillonskommando mündlich verboten worden ist. Das Verbot wurde anlässlich der Parade an die Kompaniefeldwebel zur Befanngabe an die Unteroffiziere und Mannschaften ausgegeben.

Wahrscheinlich begründet Major Frantius dieses Verbot durch das ausgearbeitete und demnach als Merkblatt erscheinende Reichswehrgesetz. Unter den Reichswehrangehörigen wurde ein sehr lebhaftes Interesse für ihre heutige Versammlung gezeigt und hätte ohne das Verbot sicherlich eine starke Beteiligung ihrerseits stattgefunden.

Mit vorzüglicher Hochachtung.

Unterschrift.

Dieser Eingriff in die persönliche und staatsbürgerliche Freiheit der Reichswehrangehörigen ist ein Skandal ohne gleichen. Es wäre interessant zu erfahren, wie weit der bekannte General v. Loßberg, der als Wehrkreiskommandant in Münster sitzt, an diesem Verbot beteiligt ist. Ging von ihm etwa eine generelle Anordnung aus? Herr v. Loßberg als Vertreter der Kapitulanten wäre ja der nächste dazu!

Die Dolchstoß-Lüge.

Das „Militärwochenblatt“ bringt in seiner letzten Nummer wieder einen ganz tendenziösen Artikel, in dem es den Zusammenbruch der deutschen Armee auf „militärische Propaganda“ von der Heimat aus zurückführt und das Wort vom „Dolchstoß in den Rücken der Armee“ für gerechtfertigt erklärt. Es ist ja bekannt, daß diese Wendung erst etwa ein halbes Jahr nach der Revolution auftauchte. Wie sehr die ganze Legende nachträglich konstruiert ist und wie wenig gerade die Ludendorff-Cligue, die sie am meisten nützt, selber daran glaubt, dafür besitzen wir jetzt einen unumstößlichen Beweis.

Vor uns liegt ein geheimes Aktenstück des Generalkommandos des Feldheeres vom 24. August 1918 (Abt. III b Nr. 3017 R/17498/II). Es sind nur für den Dienstgebrauch gedruckte Aufzeichnungen über Besprechungen mit den Leitern des vorderländischen Unterarms an der Front. Sie wurden geleitet von Oberstleutnant Nikolai, einem der Intimen Ludendorffs. Vertreter aller U.S.P. und sonstigen Kommandostellen waren die Teilnehmer. Die erste dieser Sitzungen fand am 27. und 28. Juni 1918 statt. In dieser Sitzung erklärte Hauptmann Tafel als Vertreter des A.R. 2 und erster Rohner:

Der Geist der Armee sei sehr gut, der Mann habe weder Zeit noch Lust, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen, die Anzahl der Anhänger der Sozialdemokraten sei nach sicherer Quelle sehr gering.

Hauptmann Munzinger als Vertreter des A.R. 3 erklärte, daß sich die Erfahrungen bei der dritten Armee mit den vorhergehenden Erfahrungen bei der zweiten Armee vollständig decken. Mehrlich äußerten sich alle anderen Teilnehmer. Als Schlussresultat stellte Nikolai fest:

Ich habe aus den gesamten Ausführungen entnommen, daß Sie, die Sie in erster Linie die Hand am Pulse der Stimmung der Armee halten, diese Stimmung für gesund erklären.

Nachhimmel ab. Wie ich mich wende, um weiterzugehen, überfällt mich eine jähe Müdigkeit, noch weiter mit schattenhaften Erinnerungen durch die stillen Straßen zu wandeln und an blinden Sternen zu reiben, die nicht wieder blank werden. Und erschrecke über mich selbst. Was soll das? Früher war mir Zukunft alles. Gegenwart nur beglücktes Eilen zu ihr hin — und Vergangenheit nichts. Dann war eine Zeit, wo die Tage wie Seide glänzten und die Nächte wie dunkle Seigen rauschten und beteten: Vertweile doch — du bist so schön! Nun gleitet das Boot mit längenden Segeln durch den grauen Nebel, in dem nur verlorene Schreie der Rotdurst schallen... Bin ich schon alt geworden? Habe ich wirklich nichts mehr als die Plückerseher der Vergangenheit?

Schon eile ich den Weg zurück. Bald schlagen wieder die eisenen Räder unter mir. Nach wenigen Stunden Halbschlaf sehe ich im Berliner Morgen, im nüchternen Berliner Arbeitsmorgen. Und schüttle den Kopf. Was man doch manchmal für dumme Einfälle hat...

West-östliche drahtlose Verbindung. In einigen Monaten wird es möglich sein, drahtlose Poststationen von den großen Poststationen Europas nach Peking zu senden; auch von Rußen aus wird man dann vielleicht mit dem Reich der Mitte durch die Luft in direkte Verbindung treten können. Näheres über diesen Fortschritt im Ausbau des drahtlosen Fernverkehrs berichtet ein Mitarbeiter der „Shanghai Times“, Henry Barnes. Eine Kette von drahtlosen Stationen ist errichtet worden, die den Mittelpunkt der chinesischen Regierung Peking mit dem fast 5000 Kilometer entfernten Kaschgar in China-Turkestan verbindet. Kaschgar wird dann in der Reichweite der indischen drahtlosen Stationen liegen und so das Hindustan für fernere Gegenden bilden. Die Anlagen werden von der Marconi-Gesellschaft im Auftrage der chinesischen Regierung ausgeführt. Eine Großfunkstation ist bei Urga in der Provinz Kansu, etwa 2000 Kilometer von Peking entfernt, errichtet worden, und die drahtlose Verbindung zwischen Urga und Peking wird bereits praktisch ausgenutzt. Ebenso kann man von Urga aus die Stationen von Shanghai und Hankow erreichen, und es werden bereits Telegramme aus Amerika auf diesem Wege nach China befördert. Eine andere Station wird 1500 Kilometer weiter bei Krumohi gebaut und sie soll in etwa 3 Monaten in Betrieb genommen werden. Die letzte Funkstation, die die ganze Anlage vollendet, wird dann in Kaschgar errichtet. Unvorstelllich groß waren die Schwierigkeiten, die sich dem Transport des Materials für diese drahtlosen Stationen in diesen dem Verkehr noch wenig erschlossenen Gebieten entgegenstellten. Für die Station Urga mußten 900 Tonnen Stahl von Kameleu herangebracht werden. Aber das war noch verhältnismäßig leicht, weil der Weg über ebenes Gelände ging. Um das Material für die Türme nach Krumohi zu bringen, waren 2000 Kamele und 800 Ochsenarten nötig, und die Karawane war fast 6 Monate unterwegs. Der Weg über Urga hinaus führt durch weite Ebenen, hohe Täler und über Gebirgszüge, die sich fast 2000 Meter hoch erheben. Todesopfer sind bei diesem Transport nichts Ungewöhnliches.

So sprach Nikolai, der Vertraute Ludendorffs, am 27. Juni. Nichtsdestoweniger möchte Ludendorff heute seine Niederlage vom 8. August auf die Zermürbung der Armee durch sozialistische Propaganda zurückführen. Sechs Wochen vor der Niederlage mußte noch niemand etwas von solcher Zermürbung!

Dafür spricht auch folgendes: Sehr eindringlich wurde die Frage der feindlichen Propaganda durch Flugblattabwurf usw. an der Front behandelt. Ueber ihre Abwehr wurden eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht. Aber kein Mensch erwähnte auch nur eine aus der Heimat kommende schädliche Propaganda, was doch sicher geschehen wäre, wenn das geringste davon bemerkt worden wäre. Dabei verdient übrigens folgendes Geständnis Nikolais festgehalten zu werden:

Bei dem Zusammenbruch des russischen Heeres hat ganz wesentlich unsere Propaganda mitgewirkt. Als unsere militärischen Siege Rußland so erschüttert hatten, daß es bis ins innerste getroffen war, hat unsere Propaganda eingegriffen und diese Tatsache ausgenutzt und erweitert, und zwar mit sehr gutem Erfolg.

Wieder erkennt man — ganz abgesehen von den berühmten plombierten Wägen, in denen Lenin usw. durch Deutschland führen — den russischen Bolschewismus als Produkt deutscher militärischer Weisheit. Aber auch im anderen Sinne sind diese Worte interessant. Das „Militärwochenblatt“ behauptet nämlich neuerlich, daß eine deutsche Gegenpropaganda gegen die feindliche Propaganda sich nicht habe entfalten können. Man sieht, wie von den militärischen Stellen bewußt weiter die Unwahrheit verbreitet wird. Schließlich aber ist es leicht, von Nikolais Enthüllungen über den Zusammenbruch des russischen Heeres die Parallele auf das deutsche Heer zu ziehen. Wie im russischen Heere, so konnte auch im deutschen die feindliche Propaganda erst wirksam werden als Folge der militärischen Niederlage.

So haben die Militärs ihre späteren Lügen im voraus selbst Lügen gestraft. Die Niederlage und nichts anderes hat den Zusammenbruch herbeigeführt!

Hoffmanns Pläne gegen Rußland.

München, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Zu dem Ausrottungsplan des Generals Hoffmann gegen die Sowjetregierung erzählt die „Münchener Post“ folgendes: Arnold Neuhberg hat den Plan dem französischen Gesandten in München und dem englischen Generalkonsul vor ungefähr vier Wochen persönlich eingehändigt. Eine Wochenschrift erhielt der französische Journalist Guillermin, ein früherer Reiteroffizier, der seit einiger Zeit dem Redaktionsverband des Pariser „Temps“ angehört. Eine andere Abschrift erhielten General Malcolm, sowie zwei englische Journalisten. Hoffmann hat dazu noch erklärt, eine gut ausgerüstete Expedition von ungefähr 200 000 Frontkämpfern würde genügen, um den Widerstand der Roten Armee zu brechen und mit Hilfe eines leicht vorbereiteten Aufstandes dem Räteystem ein Ende zu setzen.

Die Entente habe jedoch nicht die geringste Absicht, auf die Anregungen des Generals Hoffmann einzugehen, es sei denn, daß die Sowjetregierung, von Wohlwille der Weltrevolution hypothetisch, nicht genug wäre, die westlichen Randstaaten und Schiffe unmittelsbar zu bedrohen. Nichts deutet darauf hin, daß ähnliches im Auge sei. Englands Vertrauensmänner berichten vielmehr, die Sowjetregierung gebe sich alle Mühe, die eingetretene Kampfpause zu friedlicher, realpolitischer Organisationsarbeit auszunutzen und die allerdings furchtbar trostlose Lage der städtischen Bevölkerung nach Möglichkeit zu lindern. Den „Münchener Neuesten Nachrichten“ war am 12. Januar berichtet worden, General Ludendorff habe der Entente eine Denkschrift eingereicht, die zum Kriege gegen Sowjetrußland unter deutscher Beteiligung aufzuredet. Ludendorff ließ dem Militär dazu erklären, die Behauptung sei falsch. Es lag damals augenscheinlich eine Verwechslung mit Hoffmann vor.

Briefmarkenheiten. Allerlei Postwertzeichen, die an Ereignisse der jüngsten Vergangenheit knüpfen, dürften das Interesse der Sammler erregen. So hat China den ersten Versuch gemacht, die Briefmarke in den Dienst der Weltwirtschaft für die von der Hungersnot heimgesuchten Bezirke zu stellen; zwischen dem 1. Dezember 1920 und 30. November 1921 werden bestimmte Markenforten zu Beträgen verkauft, die den Postwert übersteigen. Der Ueberschuss wird an den Fonds abgeführt, der in Peking für die Hungerbezirke Nordchinas gebildet worden ist. — Das Nummern-Dezimeter „Annunzio“ kommt in den sogenannten „Regionär-Marken“ zum Ausdruck. Marken, die ursprünglich zu Ehren seines triumphierenden Einzuges in die „treue Stadt der Adria“ gedruckt worden waren, haben jetzt angefaßt der Wendung der Dinge den bezeichnenden Ueberdruck „Reggenza Italiana del Carnaro“ erhalten. — Die Bilder der diesjährigen Edelweizer Kindermarken stellen die Wappen von drei der Hauptkantonen der Schweiz nach den Zeichnungen des Berner Künstlers Rudolf Minger dar. Schließlich wurden auch noch litauische Lebensmarken an den Staatsreich der polnischen Generals Jilgowski hergestellt. Die Sondermarke ist unter seiner kurzen Herrschaft für Zentral-Litauen zur Ausbeute gelangt. Die Marke zeigt in schlichter Lithographie das Bild von zwei zusammengefügten Schilden, von denen das eine mit dem weißen polnischen Adler und das andere mit dem weißen litauischen Ritter geschmückt ist. Litauen dankt man weiter eine der interessantesten historischen Markenforten, die im vergangenen Jahre herausgegeben sind. Die Serie dient der Erinnerung an die Eröffnung des ersten Nationalkongresses. Zwei der Markenbilder stellen Herrscher des Großfürstentums Litauen aus dem 14. und 15. Jahrhundert dar.

Ein nachgelassenes Riesenwerk über Grimmelhäuser. Hans Christoph von Grimmelhäuser, der Schöpfer des unsterblichen Simplicissimus-Romans, ist bisher von der literaturhistorischen Forschung ziemlich flüchtig behandelt worden; auch sein Buch nimmt noch nicht die ihm gebührende Stellung als eines unserer großen Nationalwerke ein. Diese Lücke auszufüllen, war die Lebensarbeit des kürzlich verstorbenen Marburger Archivars Rönneke, der hauptsächlich durch seinen trefflichen Vorkurs zur Deutschen Literaturgeschichte bekanntgeworden ist. Wie Heinrich Heijmann im „Heidelberger“ mitteilt, ist seine Arbeit, deren Erscheinen er nicht mehr erleben, seit zwei Jahren druckfertig abgeschlossen.

Der Verband Deutscher Erzähler hat auf seiner ersten ordentlichen Mitgliederversammlung zum ersten Vorsitzenden Georg Engel, zum stellvertretenden Vorsitzenden Walter von Holz und Hans von Hülsen, zum Schriftführer Karl Rohner, zum Schatzmeister Herbert Fromm gewählt. Es wurde beschlossen, gegen die neue im Reichsministerium des Innern vorbereitete Lex Deinge in öffentlicher Versammlung Stellung zu nehmen. Der Verband hat mit dem Verbande Deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenschauspieler und dem Verbande Deutscher Film Autoren ein Kartell geschlossen.

Die diesjährige Tagung der deutschen Schafepcare-Gesellschaft findet am 28. April in Weimar statt. Professor Dr. Förster (Leipzig) wird über „Schafepcare im Weltkrieg“ sprechen.

Uraufführung. Carl Sternheims Drama „Der entfesselte Jüngling“ geht am 28. Januar erstmalig im Darmstädter Landestheater in Szene.

Die alte Heimat.

Von Artur Ziller.

Ziellos laufe ich durch die Straßen. Müde und verdrossen. Witten auf dem Potsdamer Platz wird es mir klar: ich habe Berlin fast bis an den Hals. Ohne nachzugeben springe ich auf eine Straßenbahn, die in der Richtung Hallesches Tor fährt. Es ist später Nachmittag und der Vorderperon ist leer. Ich schließe die Augen und will nichts sehen, den doosen Nientepp an der Erde so wenig wie die bemalte Brandmauer der Deutschen Tageszeitung. Als der Schaffner an das Schieberfensterchen klopft, sind wir schon am Anhalter Bahnhof. Ich bezahle und springe ab.

In einer Stunde fährt der Schnellzug. In dreieinhalb Stunden werde ich in der Stadt meiner Kindheit sein. Gegen den Gestank des Wartesaals kämpfe ich mit einer Zigarre an. Bis es Zeit wird.

Im Abteil der unvermeidliche Reisende in Trikotagen. Scheitel bis in den Hals. Mann den Schnabel nicht halten. Wenn es noch einmal gegen Frankreich gehe, mache er gleich wieder mit. Was ich gar nicht wissen wollte. Im Speisewagen, wo ich mir mit einer „Bouillon“ den Magen verderben will, sieht die Konkurrenz. Nacht in Frankfurt und Englandfeindschaft. Grüngelkreist und mit Sympathien für Rußland (mit Vorbehalten gegen die Bolschewiki von meßen freiem Handel).

So lehne ich mich in den Gang und lasse den matschbaren Hintern der Winterwelt abspulen. Der Horizont verdimmert. Erstes Licht aus Bauernstuben treibt vorüber. Bahnhof im trüben Licht. „Wiiii—ter!“ „Wui Teufel...“ Gleitende Nacht und säubernde Fränken. Majende Fahrt im flachen Land. Eine donnernde Eisenbahnbrücke. Vorüberfliegende Stationsnamen, die bunte Erinnerungen aufschwimmen lassen — die Heimat.

Hauptbahnhof. Der Gepäckloß ist als erster durch die Sperre. Der Bahnhofspolizist im Vorkampfenlicht. Wie damals. Nur daß die Sonne schien (so hell sie nie wieder scheint... o Jugend!), und der war dabei — und die. Und einmal standen wir hier als Soldaten; wer war da noch alles — ach ja... die Hälfte von ihnen ist schon lange verfault. Aber greifbar nahe sind die jungen, so jungen Gesichter.

Mein Schritt hält in den leeren Straßen. Von Laterne zu Laterne dreht sich mein Schatten um mich. Steine nicken mir zu, und Inschriften, und Denkmäler. Manchmal stehe ich vor einem Hause und sehe zu den Fenstern empor, hinter denen Erinnerungen wie blaße traurige Frauen stehen.

Ich schreite durch einen Torbogen. Ein leise singender Wind kommt durch das Tor in die Stadt und bläst die Gaslaternen an, daß sie funkeln. Auf der Mitte der breiten Straße bleibe ich stehen und lausche in das dunkle Wasser unter mir. Hebe das Gesicht und taste die Fingerringe der Gruppen und Türme gegen den blaugrauen

Die kommunistische Parlamentsabotage.

Hamburg, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Gemäß der von Berlin ausgehenden Parole haben die Kommunisten auch in Hamburg gestern eine Sabotage des Parlaments versucht. Die Tribünen der Bürgerschaft waren dicht besetzt von Anhängern der K.P.D. Vor der Beratung der sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge über die Erwerbslosenfrage, bei einer Vorlage betreffend die Ordnungspolizei, entfehlten die Kommunisten einen ohrenbetäubenden Lärm, der jede Geschäftsführung unmöglich machte. Vergebens versuchten die übrigen Mitglieder des Hauses, die Kommunisten zur Ruhe zu bringen. Diese schrien und tobten derart, daß der Präsident vollständig machtlos war und die Sitzung unterbrochen werden mußte. Die Reden der Kommunistenführer Reich und Thälmann wurden von der Tribüne mit Beifallsbezeugungen, die Reden der Sozialdemokraten und der Bürgerlichen mit Pfuirufen und Beschimpfungen begleitet, so daß der Präsident schließlich die Räumung der Tribünen androhen mußte. Es gelang aber dann doch noch, die Verhandlungen zu Ende zu bringen. Ein stimmig (?) wurde der Senat aufgefordert, eine Vorlage einzubringen, monach durch Notstandsarbeiten den Erwerbslosen geholfen, ihnen eine Winterbeihilfe gewährt, die Unterstützung erhöht und die Sozialrenten nicht als Erwerbslosenunterstützung angerechnet werden sollen. — Man ersieht aus diesem Resultat, wie überflüssig der Spektakel war.

Fortdauer der Obstruktion.

206. Sitzung der Preussischen Landesversammlung, Donnerstag 11 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird ein Antrag Ester (Hr.) auf nochmalige Abstimmung über die Hausiersteuer von dem Präsidenten abgelehnt, da keine geschäftsmäßige Möglichkeit für die Wiederholung einer Abstimmung wegen Artiums der Abgeordneten bestehe.

Auf der Tagesordnung stehen sodann zunächst der Antrag Stiering (Soz.) auf Annahme eines Geschenkverweises zur Abänderung des Stempelsteuergesetzes, sowie ein Entwurf betreffend Bereitstellung weiterer Geldmittel zur Durchführung des Gesetzes über Maßnahmen zur Verhütung von Hochwassergefahren in der Provinz Pommern. Beide Entwürfe gehen ohne Aussprache an den Hauptauschuß.

Es folgt die wiederholte namentliche Abstimmung über § 3 des Domänen selbstbewirtschaftungsgesetzes. Die Rechte und das Zentrum und ein kleiner Teil der Demokraten entlassen sich wiederum der Stimme, so daß sich die Beschlusfähigkeit des Hauses herausstellt. Der Präsident Leinert beraumt die nächste Sitzung zwei Minuten später an.

207. Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort Mg. Chub (H. Soz.). Das Haus war bei der Abstimmung nicht beschlufsfähig, sondern beschlufsunwillig. Die Obstruktion der Rechten ist um so verwerflicher, als sie selbst die namentliche Abstimmung beantragt hat. Das Treiben der Rechten ist die reine Spitzelerei.

Präsident Leinert: In der Geschäftsordnung ist von Beschlufsunwilligkeit nichts zu finden.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts beim Kapitel Preussische Landesverwaltung. Abg. Ludwig (H. Soz.): Es ist schade, daß die Rechten nicht sehen können, was für eine Art Parlamentarismus hier in den letzten Tagen getrieben wurde. (Sehr richtig! links.) Man sollte doch Maßnahmen treffen, um eine so unerhörte Obstruktion zu verhindern. Die Druckarbeiten des Hauses müssen an tarifreine Sitmen vergeben werden. Durch die Dummheit in den Drucksachen sind die Beratungen des Hauses oft verzögert worden.

Der Haushalt der Landesversammlung wird genehmigt. Nach den Beschlüssen des Ausschusses folgt der

Haushalt des Kultusministeriums.

Mg. König-Frankfurt (Soz.): Die kulturpolitische Entwicklung aller Völker hat sich vor dem Kriege nicht in den richtigen Bahnen bewegt. Der militärische Gedanke wurde immer rücksichtsloser herausgearbeitet, statt dessen hätte man den menschlichen Gedanken pflegen müssen. Eine wahre Kulturpolitik wäre es, wenn die gesamte Jugend Europas einige Jahrzehnte lang im Sinne der Völkerberedung erzogen würde. Dann hätten wir bald eine grundlegende Umwälzung zum Wiederaufbau und zu neuer Gestaltung. Die preussische Kulturpolitik hat zweifellos versucht, solche Entwicklung vorzubereiten. An die trübe Vergangenheit konnten wir nicht anknüpfen. Auf allen Gebieten der Schulpolitik mußten neue Grundlagen gelegt werden.

Entschlossene Fortschritte sind gemacht.

Aber die freiwilligen Forderungen der Lehrerschaft stehen erst im Anfang ihrer Verwirklichung. An dem inneren Geist der Schule ist noch viel zu ändern. Wir verlangen eine Verneuerung der Simultanschulen. Für die Verwirklichung des Staates gegen die Kirche muß die Reichsverfassung maßgebend sein. Die Verbindung zwischen der Lehrerschaft und den Aufsichtsbehörden muß noch inniger werden, damit die Lehrerschaft zu der Behörde dauerndes Vertrauen gewinnt. In Sachen der Befreiung der Schüler vom Religionunterricht in Neufällen sind nur die Grundzüge der Reichsverfassung befolgt worden. Das Reichsschulgesetz, dessen baldige Einbringung wir erwarten, wird die grundsätzliche Regelung dieser Fragen bringen, aber da es nur ein Rahmengesetz ist, müssen wir in Preußen selbst für die freiwillige Durchführung sorgen. Ein ungeheures Arbeitsfeld tut sich auf, denn es müssen neue Grundlagen geschaffen werden, um einen wahren Gemeininn zu pflegen. Erst wenn die Jugend im neuen Geiste des Gemeininn und des menschlichen Gedankens erzogen wird, ist auch die Grundlage für einen wirtschaftlichen Aufstieg geschaffen. (Beifall links.)

(Die Verhandlung dauert fort.)

Keine Sipo mehr!

Der Hauptausschuß der Preussischen Landesversammlung nahm am Mittwoch eine Reihe von Beschlüssen an, darunter den Nachtragshaushalt für die Schutzpolizei. Hierbei wurde darauf aufmerksam gemacht, daß es eine Sicherheitspolizei nicht mehr gäbe, daß es also irrtümlich sei, wenn in der Öffentlichkeit von einer solchen gesprochen würde.

Durch den angenommenen Geschenkverweis betreffend die Abhebung der Lauflohnübersteuerung werden 400 Millionen Mark bereitgestellt. Es wird daraus der Bau von 18 000 Wohnungen ermöglicht. Die Regierung wurde über den Stand der Mietsteuerpläne des Reiches befragt. Nach dem neuesten Entwurf sollen die Länder bezüglich der Erhebung und Verwendung selbständig handeln. Es soll nur vorgezeichnet werden, daß eine Mietssteuer oder eine gleichwertige Grundsteuer durch die Länder erhoben wird.

Der österreichische Poststreik.

Wien, 13. Januar. (H.) Der Streik der sozialdemokratischen Postangestellten hat den Postdienst lahmgelegt. Western fand ein Ministerialrat, der sich mit der Frage eingehend beschäftigte. Der Verkehrsminister Dr. Piska, der den Standpunkt der sozialdemokratischen Angestellten vertritt, hat dem Bundeskanzler auf schriftlichem Wege seine Demission überreicht.

Wien, 13. Januar. Den Blättern zufolge erstreckt sich der Poststreik auf ganz Oesterreich.

Wien, 13. Januar. Die „Christlich-Soziale Korrespondenz“ meldet, hielten die Vertreter der nichtsozialistischen Postangestellten gestern eine Beratung ab, um zu dem Streik der sozialistischen Postangestellten Stellung zu nehmen. In der Erörterung wurde darauf hingewiesen, daß der Streik eine politische Machfrage sei. Die nichtsozialistischen Postangestellten beschlossen daher, den Dienst weiter zu versehen, doch wird dieser nur in beschränktem Umfang aufrechterhalten werden können.

Die Arbeitslöhne der Kriegsgesangenen. Die Landesabteilung Hamburg-Lübeck der Reichszentrale für Heimdienst teilt mit: Von der englischen Regierung sind Listen über 43 000 Pfd. Sterl. eingegangen. Diese Summe umfaßt rückständige Arbeitslöhne der in englischer Hand und auf englischem Boden in Kriegsgesangenschaft gehaltenen Heimkehrer. Von der Generaldirektion in Berlin werden diese Summen den Heimkehrern gegen die von der englischen Regierung ausgestellten Quittungsscheine überwiesen.

Groß-Berlin

Eine Berliner Gesundheitssteuer?

Der Stand der Groß-Berliner Finanzen wird es trotz aller Einschränkungen und trotz Zurechtweisung wichtiger Aufgaben der Gemeinde kaum gestatten, selbst dringlichen Anforderungen gerecht zu werden. Es ist mehr als fraglich, ob es selbst auf dem mit an erster Stelle stehenden Gebiete der kommunalen Gesundheitspflege gelingen wird, die vorhandenen Einrichtungen in vollem Umfang aufrecht zu erhalten oder sie mehr auszubauen, so dringend gerade in der jetzigen Zeit die Notwendigkeit besteht.

Auf dem Gebiete der Wohnungswesen soll nun ein Weg beschritten werden, der Aussicht auf Erfolg zu bieten scheint — man hat auf die Zwecksteuer zurückgegriffen. Der aus der Wohnungszwecksteuer eingegangene Betrag soll ausschließlich zur Förderung der Wohnungsfürsorge verwendet werden. Derartige Zwecksteuern waren in früherer Zeit schon im Gebrauch. So wurde z. B. in der nachkarolingischen Zeit eine Heeressteuer (horistunoria) der vom Dienst Zurückbleibenden erhoben, deren Ertrag den Dienstherren zum Zwecke der Kriegsausgaben oder der Kostendeckungen zur Verfügung stand.

Dieser Weg wäre für die Aufgaben des gemeindlichen Gesundheitswesens in ähnlicher Weise gangbar. In gewissem Sinne besteht in Deutschland schon „eine Art Gesundheitssteuer“, — allerdings nur für einen Teil der Bevölkerung — und zwar für alle diejenigen Personen, die der Vericherungspflicht unterliegen. Es ist nun zwar zu erwarten, daß der Krieg bei dem bevorstehenden Umbau der Sozialversicherung durch Einbeziehung der Angehörigen aller Versicherungsklassen und durch Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle wirtschaftlich Schwachen erweitert wird. Aber 1. wird die Ausführung dieses Planes noch geraume Zeit in Anspruch nehmen und 2. wird gerade der leistungsfähige Teil der Bevölkerung — die Beschäftigten —, wenn sich nicht die politischen Verhältnisse zugunsten der sozialistischen Parteien ändern sollten, in diese Zwecksteuer nicht einbezogen werden. Daher dürfte — ebenso wie auf dem Gebiete des Wohnungswesens — zu erwägen sein, ob nicht zur Erfüllung der Aufgaben des Berliner Gesundheitswesens eine Gesundheitssteuer für alle diejenigen Steuerzahler, die nicht der Versicherungspflicht unterliegen oder die nicht als „wirtschaftlich schwach“ zu bezeichnen sind, zu erheben ist; eine kommunale Steuer, deren Ertrag ausschließlich für die Aufgaben der Deputation für das Gesundheitswesen in Berlin zu verwenden ist. Ohne hier die verhängnisvolle Trennung der Kategorie für Personen unter und über 18 Jahre propagieren zu wollen, würde es sich in erster Linie um Einrichtungen handeln, die der Gesundheitsfürsorge für die Kinder dienen. Der Säuglings-, Kleinkinderfürsorge, Schulgesundheitspflege, besonders der ärztlichen Fürsorge für Tuberkulose bzw. tuberkulosegefährdete Kinder, würde der Ertrag der Gesundheitssteuer zugute kommen müssen.

Auf die Technik dieser Steuer hier einzugehen, würde zu weit führen. Nur eines sei hier angedeutet, außer der Staffelung sollte noch mehr als es bisher bei anderen Steuern geschehen ist, das Prinzip der Kinderprivilege zur Geltung kommen. Die Ausgaben der Gemeinde für die öffentliche Gesundheitspflege wachsen ins Ungemessene. Man denke nur, um ein Beispiel zu nennen, an die kommunalen Krankenhäuser. Die Erhöhung der Sätze wird kaum noch möglich sein. Es müssen neue Wege beschritten werden, soll das kostbarste Gut unseres Volkes — die Gesundheit — nicht noch mehr gefährdet werden, als es bisher schon der Fall war.

E. Mosbacher.

Wieder ergriffen.

Wegen schweren Raubes verhaftet und zu einer längeren Zuchthausstrafe verurteilt worden war der 23 Jahre alte Elektrotechniker Arthur Reichert, der mit mehreren Helfershelfern einen dreifachen Raub bei einem Bäckermeister in Weihenstephan verübte. Die Räuber hatten zunächst den Bäckermeister und seine Frau aus ihrer Wohnung, indem sie ihnen eine gefälschte Vorladung auf das Polizeipräsidium zuzusenden. Als nun der Sohn allein anwesend war, drangen sie in die Wohnung ein, gaben sich als Kriminalbeamte aus und zwangen den Sohn mit vorgehaltener Revolver, eine Durchsuchung der Räume vorzunehmen zu lassen. Dabei fanden und beschlagnahmten die Räuber eine größere Summe Geldes. Den Sohn erklärten sie für verhaftet, brachten ihn in ein Automobil und fuhren mit ihm nach dem Tiergarten. Dort warfen sie ihn während der Fahrt aus dem Wagen und fuhren allein weiter. Der Kriminalpolizei gelang es jedoch bald, die Räuber zu ermitteln und festzunehmen. Ihr Anführer, der Elektrotechniker Reichert, wurde zu Zuchthaus verurteilt, das er in Görtz verbrachte. Dort brach er mit zwei anderen Zuchthauslern aus. Seitdem wurde er wieder gesucht. Jetzt gelang es, ihn in der Wäldchenstraße, wo er sich unangemeldet bei seiner Geliebten aufhielt, zu ermitteln und wieder hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Keine Erhöhung der Zuckerration.

Gegenüber den Wünschen nach Erhöhung der Zuckerration wird den B.R. von zuständiger Stelle geschrieben, daß zwar die Versorgung mit der bisher üblichen Mundzuckermenge der Bevölkerung gesichert ist, darüber hinaus auch Zucker für die häusliche Obstverwertung bereitgestellt werden kann. Hoffnungen auf eine Erhöhung der Ration werden nicht gemacht. Im letzten Wirtschaftsjahre hatte man 1,4 Millionen Doppelzentner aus dem Vorrat übernehmen können, während man das neue Jahr nur mit einem Restbestand von 100 000 Doppelzentnern begonnen habe. Ferner muß die bisherige Einfuhr von Verbrauchs Zucker grundsätzlich vermieden werden mit Rücksicht auf unsere Handelsbilanz, und schließlich sollen auch einige Zucker verarbeitende Betriebe, wie die Rahmzuckerbetriebe und die Keksindustrie, größere Zuckermengen erhalten. Es wird in diesem Jahre mit einer Erzeugung von 10,4 Millionen Zentnern Verbrauchsucker gerechnet, wobei allein drei Viertel für die Zuteilungen an die Bevölkerung gebraucht werden.

Die erste Wahl„Schlacht“!

Gestern abend gegen 7 1/2 Uhr beobachtete ein Passant, wie ein feingekleideter Herr an der Ecke des Kaiserdamms und der Reichstraße unser Wahlversammlungspokal an der Anschlagtafel gestürzte. Unser Gewährsmann machte den Herrn auf das Unzulässige dieses Vorkommens aufmerksam und nannte es eine Plebeier. Es kam dann zu Täuschlichkeiten, in deren Verlauf der Notzettel, ein Hüte von Gestalt, dem Einspruch Erhebenden den Heberzieher zerriß. Vielleicht meldet sich der latentlustige Herr, um die Angelegenheit an anderer Stelle zum Austrag zu bringen.

Münchener Viertel in der „Neuen Welt“.

In oberbayerischer Gewandung, mit Sonnshütten und richtig gekleideten bairischen Maden, Dachauer Russanten und Schupplattlern empfängt die „Neue Welt“ zum ersten Male seit sieben Jahren wieder ihre Gäste, die aus dem grauen Abend des Alltags einmal hinüberflüchten wollen in die Welt der Weichwürste und der lustigen Fröhlichkeit. Es kommt alles wieder, auch der alte gemüthliche Berliner Volksviertel, wenn's auch manchmal so scheint, als ob der Krieg nicht nur Menschen, sondern auch den Sinn für Fröhlichkeit und Humor gemorbet hat. Wer aber nicht aus Prinzip unter die ständigen Riesmacher gegangen ist, kann bei dem lustigen Treiben der bairischen Viertel in der „Neuen Welt“ etwas von dem früher nicht unterzukommenden Berliner Humor wiederfinden. Und sonderbar: mit einer der preiswerten Schachtelwürsteln und einigen Maßkrügen Bier im Leibe denkt man gar nicht mehr daran, daß die uns vorgezuckerte bairische Gebirgsjenerie zurzeit leider auch das Dorado der Orgelschleute und Königmacher ist.

Wenn in so teurer Zeit eine treue Dienerin stirbt.

Die Klagen vieler „Herrschaffen“ über die Schlechtigkeit der Hausangestellten werden durch das folgende uns aus Berlin mitgeteilte Vorkommnis beleuchtet. Bei einer alleinstehenden Dame war 22 Jahre hindurch eine alte Haushälterin tätig, die uns als ein Modell von Hingebung und Anhänglichkeit geschildert wird. Für all die Arbeitslast, die auf ihr ruhte, erhielt sie von der bemittelten Dame an barem Gehalt in dieser Zeugnungszeit nur 20 M. pro Monat. Als die treue Dienerin im Alter von 72 Jahren in den Weihnachtstagen starb, ging das ihrer „Herrin“ begreiflicherweise sehr nahe. Ein solches Jammeln dürfte zu solchem Preis nirgends wieder zu haben sein. Verwandte der Dahingekleideten gaben der Dame zu verstehen, daß so viel Treue doch wohl einen kleinen Nachruf verdient habe. Da antwortete die Dame: „Ach nein — in jetziger Zeit, wo die Annoncen so teuer sind — das würde ja 100 M. kosten, das kommt mir zu teuer.“ An der Leiche leuzte sie: „Ja, der liebe Gott weiß schon, was er tut!“ Wir bebauern, daß unsere Gewährsperionen den Namen dieser frommen, ihr Schicksal mit so viel Ergebung tragenden Dame zu verschweigen wünschen.

Wildwest bei Spandau.

Zu dem unter dieser Überschrift kürzlich veröffentlichten Raubattentat in der Kolonie Falkenhagen bei Spandau schreibt uns der Amtsgemeindevorsteher von Falkenhagen: „Es fällt hier allgemein auf, daß das Vorkommnis am Falkenhagener See in der Öffentlichkeit besonders breitgetreten wird. Der ausführliche Artikel erweckt den Anschein, als ob sein Verfasser ein Interesse daran habe, die Kolonie am Falkenhagener See in ein besonders schlechtes Licht zu bringen. Andernfalls ist es nicht verständlich, weshalb der Artikel den weit schlimmeren Raubanschläge aus den benachbarten Ortsteilen Finkenrug, Dallgow, Staaken usw. unerwähnt läßt. Inzwischen ist es gelungen, einen Teil der Räuberbande, bestehend aus Burshen im Alter von 20 und 22 Jahren hinter Schloß und Riegel zu setzen und hoffentlich wird es auch gelingen, den ganzen Herd der Bande auszuhacken.“

Wir brauchen wohl nicht ausdrücklich versichern, daß wir kein besonderes Interesse daran haben, die Kolonie Falkenhagen in ein besonders schlechtes Licht zu setzen. Was aus der Einleitung des betreffenden Artikels und aus der Ueberschrift auch zweifellos hervorgeht, haben wir gelegentlich des Vorfalles in Falkenhagen ganz allgemein auf die unsicheren Verhältnisse in jener Gegend hingewiesen, also gerade das erfüllt, was der Gemeindevorsteher bemängeln will.

Volkshochschule Groß-Berlin.

Sieben erscheint der Lehrplan für das neue Quartier. Er enthält nicht weniger als 147 Kurse, davon allein 84 Arbeitsgemeinschaften. Die letztere Form des Unterrichts ermöglicht allein eine intensive, in die Tiefe gehende Wirkung der Bildungsarbeit, und es ist erfreulich, daß die Volkshochschule Groß-Berlin mit solcher Entschiedenheit diesen allein richtigen Weg geht.

Der Lehrplan umfaßt alle wichtigen Wissensgebiete, so daß wohl jeder nach Erkenntnis Strebende hier das findet, was er sucht. Stark vertreten wie bisher sind wieder Geschichte und Volkswirtschaft, wobei auch eine Reihe namhafter Sozialisten als Dozenten angegeben sind. Mancher Rome fehlt freilich, den wir bisher zu finden gewohnt waren; eine starke Betätigung im augenblicklichen Wahlkampf mag wohl die Ursache dafür sein.

Die Arbeitsstätten der Volkshochschule verteilen sich nunmehr beinahe über das Gesamtgebiet des neuen Groß-Berlin. Tegeler, Köpenick und Wilmersdorf sind neu hinzugekommen.

Eine erfreuliche Auswirkung der bisherigen Tätigkeit der Volkshochschule zeigt sich in der Bildung einer „Ausschussgemeinschaft der Volkshochschule Groß-Berlin“, die für alle Hörer der Kurse einige gemeinsame Veranstaltungen vorsehen hat.

Die Teilnehmerkarten für alle Kurse sind zu haben an folgenden Stellen: Buchhandlung „Vorwärts“, S. 68, Lindenstraße 2; Buchhandlung „Freiheit“, Preisstr. 8/9; Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15, 1 Tr., Zimmer 15. Da insbesondere für die Arbeitsgemeinschaften nur eine beschränkte Anzahl Karten auszugeben werden, empfiehlt sich eine recht baldige Beschaffung derselben. Ein ausführlicher Arbeitsplan ist zum Preise von 1 M. ebenfalls an den genannten Stellen zu haben.

In den Heimstätten Buch haben nach dem Streit zwischen Patienten und Anstaltsleitung (vgl. Nr. 17) nicht, wie wir insolge einer unklaren Fassung der uns zugegangenen Mitteilung annehmen, die Patienten abgelehnt, sich von den Ärzten behandeln zu lassen. Eine neue uns vom Patientenausschuß zugehende Mitteilung sagt, daß die Ärzte abgelehnt hätten, die Patienten zu behandeln. Etwas Derartiges würden wir allerdings nicht für möglich halten, und wir vermuten und hoffen, daß hier nur ein Mißverständnis vorliegt. Inzwischen dürfte der ganze Streit schon wieder geschlichtet sein.

Schattentheater. Am Sonntag, 16. Jan., nachm. 4 Uhr, findet in der Lessingstraße der Deutschen Gesellschaft für ethnische Kultur, Kunst- u. eine Vorführung des Schattentheaters der 1. Städtischen Kinderleschule statt. Eintrittskarten zu 1 M. in der Leschalle. Familienkarten für Eltern und Kinder für 4 Personen 3 M.

Die heimtätigen Oberblätter der Ortsgruppe Zenitum halten am Freitag, den 14. d. Mts., abends 7 Uhr im Stadthaus, Eingang Klosterstraße, eine für die Abhaltung sehr wichtige Versammlung ab. Um vollständiges Erscheinen wird dringend gebeten.

Schuldbuch-Hochschule. Am Freitag abend 8 Uhr beginnt Reichshaus der 4. Vorlesungreihe von Müller-Rendens über „Industrielle Betriebslehre“ (Betriebsverwaltungslehre). Es werden die volkswirtschaftlich-theoretischen Grundlagen einer praktischen Betriebsführung behandelt. Der Vortragende hat über daselbe Thema bereits mit großem Erfolg an der Volkshochschule Oberbarnheim gesprochen.

Ein blaues Blatt, enthaltend Adressen mit laufenden Nummern, hat ein Leser unseres Blattes gefunden. Dasselbe kann von dem Eigentümer am Sonntag zwischen 11 und 1 Uhr bei Dept. Ractustr. 19, abgeholt werden.

Gewerkschaftsbewegung

Die Gewerkschaftsbewegung.

Unter der Überschrift: Ein neues Werk in der Gewerkschaftsliteratur besprach ich in Nr. 121 des "Vorwärts" am 6. März 1920 den ersten Band der Restriptions-Geschichte über die Gewerkschaftsbewegung. Der Autor stellte uns in Aussicht, daß der zweite Band, in welchem er die Gewerkschaften während der Zeit des Krieges und in der Revolutionszeit behandeln sowie die übrigen gewerkschaftlichen Richtungen darstellen und die Gewerkschaftsbewegung des Auslands skizzieren wollte, in kurzer Zeit erscheinen sollte. Später als der Verfasser selbst geglaubt, konnte er an die Fertigstellung des zweiten Bandes, mit welchem das Werk abgeschlossen sein sollte, gehen.

Eine Zeit revolutionärer Gärung, in der immer neue Probleme auftauchen, macht natürlich dem Verfasser einer so umfangreichen Geschichte manchen Strich durch die Rechnung. Wer, wie Restription, scharf den Fluß der Zeit beobachtet, geht ungern an Dingen vorüber, die er in einem Werk der Neuzeit berücksichtigen möchte. Das erklärt es, wenn der nun vorliegende, 475 Seiten umfassende zweite Band länger hat auf sich warten lassen.

Aber das Werk ist damit noch nicht abgeschlossen. Zu seiner eigenen Überraschung betont der Verfasser im Vorwort zum 2. Band, die Entwicklung der Bewegung im eigenen Lande habe eine solche Ueberfülle neuer Erscheinungen und Entwicklungstendenzen ergeben, daß ihre Zusammenfassung nicht nur große Schwierigkeiten bereitet, sondern ihn auch vor die Notwendigkeit gestellt habe, das Neue möglichst vollständig zu charakterisieren, wodurch die Kapitel ständig gewachsen seien. Ein dritter, zum großen Teil bereits fertiggestellter Band erst soll als Abschluß des Werkes das angekündigte Bild von der Gewerkschaftsbewegung im Ausland geben.

Wer die bereits fertiggestellten Bände des Restriptions-Werkes an ihrem Umfang beurteilt, ohne sich näher mit deren Inhalt beschäftigt zu haben, wird zunächst zurückstrecken. Dem ersten Beurteiler eines so großen Zweiges der proletarischen Bewegung, wie er sich uns in der Gewerkschaftsbewegung darstellt, wird insofern die Lesart reichlich Anregung bringen. Das darf namentlich vom 2. Bande gesagt werden. In ihm beleuchtet der Verfasser vom Standpunkt seiner politischen Auffassung die Haltung der Gewerkschaften gegenüber den Ereignissen des Krieges. Es ist unsehbar zu erwarten, daß er ein Gegner der Kriegspolitik der Gewerkschaften ist. Und es könnte der Leser vielleicht die Frage aufwerfen, ob es notwendig war, daß Restription noch einmal jene große Tragödie des Krieges die Rolle, welche die Gewerkschaften während desselben gespielt haben, in streng chronologischer Aufmachung vor das Auge des Lesers zaubern mußte. Darauf muß geantwortet werden, daß der Autor eines so großen Wertes an dieser Kardinalfrage nicht vorbeigehen kann. Wessen Sprache eine ebenso strenge Kritik wie große Sachlichkeit und Liebe zur Wahrheit vertritt, hat stets ein Recht, ja sogar die Pflicht, die Haltung der Arbeiterbewegung während einer Periode furchtbarer Tragik auf ihre Richtigkeit zu untersuchen. Werke wie das vor uns liegende dürfen nicht nur eine Materialiensammlung sein, sondern in ihnen müssen die Ereignisse der Zeit und die Stellung der Menschen zu ihnen kritisch gewertet werden. Restription hält die Stellung, welche die Gewerkschaften während des Krieges eingenommen haben, für falsch, und die Tatsache, daß er, ein Gegner der Kriegspolitik der Partei und der Gewerkschaften in die Reihen der alten Sozialdemokratie wieder zurückgekehrt ist, erhöht den Wert seiner kritischen Auffassung.

Das den 2. Band dieses Wertes aber zu einer gewissen Bedeutung erhebt, ist die gewaltige Sammlung und Wertung der Begebenheiten während und nach Verlauf des Krieges. Für denjenigen, der im Fluß der Zusammenhänge der neuzeitlichen Ereignisse bleiben will, wird die Restriptions-Arbeit geradezu zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk der politischen, geistigen und ökonomischen Begebenheiten.

Es orientiert nicht allein über die moderne Gewerkschaftsbewegung, sondern auch über die verschiedenen anderen gewerkschaftlichen Richtungen.

Ungeheurer Fleiß war erforderlich, ein solches Werk neben den Anforderungen unserer Tage zustande zu bringen.

Karl Bermuth.

Der Streik bei der Firma Rotha, Vorfiswald.

Wie bereits gemeldet, befindet sich seit dem 3. Januar die gesamte Arbeiterschaft der Firma Rotha, Maschinen- und Waggonfabrik in Vorfiswald, im Ausstand. Der Streik, der den Arbeitern durch die Ablehnung dringend notwendiger Lohnaufbesserungen ausgesprochen worden ist, umfaßt bei etwa 500 Beteiligten die verschiedensten Arbeitergruppen, wie

Tischler, Schlosser, Schmiede, Zimmerer, Maler, Maurer, Transportarbeiter usw. Die Arbeiten bei der Firma müssen zumeist in Wind und Wetter ausgeführt werden, die bisherigen Löhne boten der Leistung entsprechend nicht das anspruchsvollste Existenzminimum. Gelehrte Arbeiter erhielten einen Stundenlohn von 5,10 M., steigend bis 5,40 M., ungelernete einen Stundenlohn von 5 M. bis 5,30 M. Auch die daneben vorzuziehende Familienzulage von 9 M. für Frauen und 18 M. für Kinder pro Woche kann die Arbeiter vor weiterer Verelendung nicht sichern. Es wird gebeten, die in fäuremmeren Lohnkämpfen lebende Arbeiterschaft dadurch zu unterstützen, daß Zugang streng ferngehalten wird. Arbeiterfreundliche Plätter werden um Nachdruck der Notiz ersucht.

Beendigung des Straßenbahnerstreiks in Kassel.

Aus Kassel meldet ein Drahtbericht: Nachdem der Hauptausbruch in Berlin, den die streikenden Kasseler Straßenbahner angetrieben haben, den Schiedspruch vom 10. Dezember, der den Streik als wilden Streik bezeichnet hatte, bestätigt hat, beschloß gestern die Betriebsversammlung der Straßenbahner, sich diesem Schiedspruch zu fügen und den Betrieb am heutigen Donnerstag früh wieder aufzunehmen. Der Streik hat genau vier Wochen gedauert.

Der Kampf um Sülz.

Ein Teil der Berliner Elektrizitätsarbeiter kämpft mit allen Mitteln für die Wiedereinstellung des früheren Obmannes des Betriebsrates in den städtischen Kraftwerken, Sülz, der bekanntlich nach dem letzten Elektrizitätsstreik seines Amtes enthoben wurde und gegen den jetzt bei der Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Beschädigung von Anlagen der städtischen Werke schwebt. In den letzten Tagen ist es, wie eine Lokalkorrespondenz meldet, im Kraftwerk Moabit zu einer Differenz zwischen einem Betriebsleiter und dem Betriebsrat der Zentrale gekommen. Es wurde eine Versammlung der Belegschaft einberufen, in welcher der betreffende Betriebsleiter sprach und seine Haltung begründen wollte. In dieser Versammlung erschien auch der abgesetzte Betriebsrat Sülz, um eine Ansprache an die Arbeiter zu halten. Der Betriebsleiter erhob gegen diese Betätigung Sülzs Einspruch und verließ das Versammlungslokal. Daraufhin saßen die anwesenden Elektrizitätsarbeiter, die zumeist auf kommunalistischen Boden stehen, folgenden Bescheid: Die Betriebsversammlung der Zentrale Moabit hat von dem Vorgehen des Betriebsleiters Sülz Kenntnis genommen. Die Belegschaft ist nicht gewillt, unter diesen Verhältnissen weiterzuarbeiten. Die Belegschaft spricht dem Betriebsrat sowie dem Kollegen Sülz ihr volles Vertrauen aus. Im Interesse der gesamten Arbeiterklasse Groß-Berlins werden wie jedoch nicht die Arbeit niedergelegt, sondern, falls nicht die früheren Zustände bis Donnerstag mittig 12 Uhr wiederhergestellt sind, werden die Arbeiter nur noch den Anweisungen des Betriebsrates in Verbindung mit dem Delegierten Komitee folgen.

Beamteninteressen und Parteien. In einer überfüllten Versammlung der Provinzialgruppe Groß-Berlin des Reichsverbandes der Verwaltungsbeamten vom 11. d. M. wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die Versammelten haben mit Entschiedenheit Kenntnis genommen, daß der Reichsverband der Beamten (Zentrum) am 14. Dezember 1920 im Hauptantrag beantragt hat, daß die im Unterausschuß in Gruppe III eingereichten Beschlüsse, Zoll- und Steuerwachmeister sowie die Amtsgehilfen wieder in die Gehaltsgruppe II zurückversetzt werden sollen. Dieser Antrag ist durchgegangen und vom Reichstag zum Gesetz erhoben worden. Wir erklären, daß es uns fern liegt, unsere gewerkschaftliche Organisation mit Politik in Verbindung zu bringen. Das Vorgehen des Abg. Burlage nötigt uns aber, daß wir in seinem Vorgehen gerade gegen die Gruppen der Unterbeamten und die Amtsgehilfen, welche zu unseren Reihen zählen, eine Handlung erblicken, die es verdient, der breitesten Öffentlichkeit bekannt zu werden, um allen Kollegen die wirklichen Feinde der unteren Beamten vor Augen zu führen. Wir sprechen zum Schluß den Wunsch aus, daß ein jeder Kollege recht bald zu der Erkenntnis kommen möchte und aus obigem lernt, wer für seine Vertretung in Frage kommt.

Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin. Betriebsräte, Arbeiterräte und Betriebskomitee aller Branchen, die gemillt sind, an den ersten freigewerkschaftlichen Parteitag teilzunehmen, müssen sich bis zum 20. Januar 1921 unter Vorlegung des Mitgliedsbuches im Verbandsbureau, Gewerkschaftshaus, Engelsufer 14/15, Zimmer 33, 2. Et., in der Zeit von 7 bis 8 Uhr abends persönlich melden. Alle Obgenannten, die noch keinen neuen Ausweis erhalten haben, können diesen jetzt in derselben Zeit in Empfang nehmen. Es wird im eigenen Interesse ersucht, von dem Gebotenen rechten Gebrauch zu machen. Die Bezirksverwaltung.

Verleumdungsarbeiterverein. Die auf dem Boden der S.P.D. stehenden Mitglieder des Verleumdungsarbeitervereins nehmen am Dienstag, den 18. Januar, abends 7 Uhr, im „Engländer Hof“, Alexanderstr. 27b, Stellung zu den Urwählern. Anwesenheit ist Pflicht. Eintritt nimmt entgegen A. Kroll, Gieselerstr. 16.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Freitag abends, Spelmannstr. 7 Uhr. „Prachtstraßen“-Berlin, Zimmer 10. — Spezialgeschäfte: 8 Uhr „Rote Ethelharmonie“, Spelmannstr. 10/11. — Abzahlungsgeschäfte: 7 Uhr „Rosenblumen“, Spelmannstr. 11/12. — Eisen-, Eisenwaren-, Stahl-, Rohren-, Werkzeug-, Metallwaren-, Handel-, Haus- und Küchengeräte-Großhandel: 7 1/2 Uhr „Kamerlands Friseur“, Neue Friedrichstr. 33.

Wirtschaft

Notenhamsterei und Bankgeheimnis.

In dem Geschäftsbericht der Bayerischen Diskonto- und Wechselbank A.-G. finden sich folgende Ausführungen:

Der Geschäftsgang war während des ganzen Berichtsjahres in allen unseren Abteilungen ein sehr lebhafter. Die Umsätze von einer Seite des Hauptbuches sind von 14 113 353 885 M. im Vorjahr auf 25 289 343 068 M. gestiegen, die Zahl der Verleihenkonten erhöhte sich auf über 54 000. Das Kontokorrentgeschäft war besonders lebhaft; im Zusammenhange damit stiegen die Einnahmen aus Provisionen um 1 500 000 M. Die Schuldner in laufender Rechnung haben durch die Ausdehnung unseres Kundenkreises bedeutend zugenommen. Die fremden Gelder haben — eine Folge der steigenden Inflation — sich wesentlich vermehrt; ihre Zunahme gegenüber dem Vorjahre beträgt nahezu 100 000 000 M. Aber auch dieser Betrag wäre sicherlich noch stark überholt worden, wenn nicht überall in geradezu krankhafter Weise eine sich bis auf den Tag fortsetzende, die Volkswirtschaft mehr und mehr lähmende Notenhamsterei begonnen hätte. Geeignete Maßnahmen hiergegen können u. E. nur in Verbindung mit der durch Gesetz sicherzustellenden Wahrung des Bankgeheimnisses der Banken getroffen werden.

Die Auffassung, daß das Bankgeheimnis in vollem Umfange auch den Steuer- und Kontrollbehörden gegenüber wieder eingeführt werden muß, will man die Notenhamsterei beheben, steht in Einklang nicht vereinigt da. Das ist ein Grund mehr, um ihr entgegenzutreten.

Die Vorschriften über die Auskunftspflicht der Banken sind eines der wenigen Mittel, das Einbild in die Vermögensverhältnisse des einzelnen gewährt. Wenn man das Verbot nicht kontrollieren kann, sind aber alle Besitztümer überflüssig — man wird sie dann überhaupt nie betreiben können.

Das jetzt zu wollen, wo der gegenwärtige Lohnabzug selbst das Existenzminimum der Arbeitenden und wo die nicht eingezogenen Besitztümer ohnedies mit dem Fortschreiten der Geldentwertung immer geringer werden, dazu gehört bei der gegenwärtigen Lage der Reichsfinanzen einiger Mut. Die Notenhamsterei wird nicht dadurch beseitigt, daß man den Notenhamstern Steuerdefraudanten noch Steuerfreiheit kraft Gesetzes gibt.

Wenn die staatlichen Nachmittel gegenüber den Notenhamstern versagen — und darum ist vielfach nur die Lässigkeit und Ungenügsamkeit der ausführenden Organe schuld —, so muß durch währungspolitische Maßnahmen den Notenhamstern die Freude am Papiergeldbesitz genommen werden. Jetzt beschäftigt sich ja der Finanzpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates mit diesen Fragen. Ob er den Mut aufbringen wird, gegen die in seinen eigenen Reihen stehenden Interessenten wirklich durchgreifende Reformen vorzuschlagen, muß allerdings bezweifelt werden.

Der Ausbau der bayerischen Wasserwerke. Zur Gewinnung der ungeheuren Energiemengen, die die bayerischen Stromläufe enthalten, wurde der Bau des Walchensees und der Ausbau der mittleren Isar begonnen, deren Inbetriebnahme 1923 bzw. 1924 erwartet wird. Um das nötige Kapital zur Weiterführung des Baues zu erhalten, geben die beiden, unter Überwiegung der Beteiligung des bayerischen Staates begründeten Gesellschaften, die Walchenseewerke A.-G. und Mittlere Isar A.-G. 4 Prozentige Schuldverordnungen der Bayerischen Großwasserwerke aus; die vom Jahr 1926 zum Nennwert rückzahlbar und mündelbarer sind.

Beamt. für den rebull. Teil: Dr. Werner Feiler, Charlottenburg; für Angelegenheiten: H. Giese, Berlin, Verlag: Beckmann-Berlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Hermanns-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Grubstr. 5.

Gewinn-Auszug

17. Preuss.-Südd. (243. Preuss.) Klassen-Lotterie

1. Klasse 2. Ziehungstag 12. Januar 1921

Table with lottery results including prize amounts and winning numbers.

Table with lottery results including prize amounts and winning numbers.

Stoffe für Herren-Anzüge, Hüte, Pelze, Damen-Kostüme. Koch & Seeland.

Bezirksverband Berlin S.P.D. August Schulze.

Verkäufe Pelzwaren bei besonderer Gelegenheit abzugeben.

Wäsche! Wo kauft der Parteinasse Wäsche und wo läßt er solche anfertigen?

Geschäftsverkauf! Geschäfte aller Branchen verkauft.

Möbel! Zweifelhafte Bettstelle mit Glasmatratze, beistellende Aufzüge, etc.

Möbelwerkstatt! Möbelwerkstatt, Tischler, Klempner, etc.

Hohen Gewinn bringen heute die geringsten Gegenstände, Boden- und Kellergerümpel usw., wenn Sie durch kleine Anzeigen im „Vorwärts“ zum Verkauf angeboten werden.

Musikinstrumente! Stille Pianos und Musikinstrumente in niederer Preislage.

Kaufgesuche! Kaufgesuche, Schallplatten, etc.

Silbergeschmelze Christian! Silbergeschmelze, Silberarbeiten, etc.

Unterricht! Englisch, Französisch, etc.

Verschiedenes! Verschiedenes, Bücher, etc.

Verschiedenes! Verschiedenes, Bücher, etc.